

POSTULAT von Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Willma Willi (Grüne, Stadel) und Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach)

betreffend Medienförderung im Kanton Zürich

Der Regierungsrat wird eingeladen, in einem Konzept darzulegen, mit welchen indirekten und/oder direkten Fördermassnahmen die Medienvielfalt und -qualität im Kanton Zürich gesichert werden kann. Im Konzept soll auch aufgezeigt werden, welche finanziellen Mittel zur Umsetzung der Fördermassnahmen benötigt werden und – falls nötig – welche Gesetzesgrundlagen dazu geschaffen werden müssten. Die Massnahmen sollen möglichst optimal auf die entsprechenden Fördermassnahmen des Bundes abgestimmt werden.

Karin Fehr Thoma
Willma Willi
Thomas Forrer

Begründung:

Unabhängige publizistische Medien sind für unsere direkte Demokratie von existenzieller Bedeutung. Die Medien informieren die Bevölkerung über das lokale, regionale, kantonale sowie nationale politische Geschehen. Damit ermöglichen sie wichtige Debatten und die politische Meinungsbildung.

Einheimische Medien sehen sich seit längerem mit einem Einbruch an Werbe- und Publikumseinnahmen konfrontiert. Als Folge davon kommt es zur gehäuften Zusammenlegung von Redaktionen, zu Stellenabbau und zu einem Rückgang der Medienvielfalt, aber auch der Medienqualität. Davon ist vor allem die Berichterstattung über lokale und regionale sowie teilweise auch überkantonale Ereignisse betroffen. Einerseits berichten im Kanton Zürich die grossen, überregionalen Zeitungen nur noch ganz selten über lokale oder regionale politische Geschehnisse und Entwicklungen ausserhalb der Städte Winterthur und Zürich. Andererseits gründete Tamedia anfangs 2021 das sogenannte Redaktionsnetzwerk Zürcher Zeitungsverband mit dem Ziel, für die diversen Regionalzeitungen im Kanton eine einheitliche kantonale Berichterstattung zu übernehmen.

Auf Bundesebene werden im Sommer 2021 vom Parlament Massnahmen zur indirekten Medienförderung sowie allgemeine Fördermassnahmen beschlossen. Nebst einer Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes sind eine Anpassung des Postgesetzes sowie ein neues Bundesgesetz zur Förderung der Online-Medien vorgesehen. Mit den gewählten Instrumenten bleibt die Unabhängigkeit der Medien gewahrt. In der Botschaft zum Massnahmenpaket zugunsten der Medien spricht der Bundesrat davon, dass sich die Meinungsmacht u.a. zunehmend bei Tamedia konzentriert, was die freie Meinungsbildung beeinträchtigen kann.

Die Frage, wie in optimaler Abstimmung auf die Fördermassnahmen des Bundes und ohne bereits bestehende Fördertatbestände zu gefährden, die Vielfalt und Qualität der Medien in Hinblick auf die lokale, regionale und kantonale Information bzw. Berichterstattung gestärkt werden kann, stellt sich in der föderal aufgebauten Schweiz auch für die Kantone und Gemeinden. Zunehmend mehr Kantone investieren ganz gezielt in die Medienförderung, insbesondere in die indirekte. Der Kanton Zürich ist gefordert.